Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 57. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 8. März 1933. | 15. Jahrgang.

Wir können nicht anders als kämpfen bis ans Ende; sind wir aus dem Groben und Rohen, so haben wir stündlich mit dem feiner und leiser Auftretenden zu tun. Zum Zum Ausruhen nach dem Siege ist diese Welt nicht gemacht. Perthes.

Gedanken zur Zeit.

Der Großkampf gegen den Marxismus hat begonnen. Dieser Kampf wird zunächst mit polizeilichen Mitteln ausgetragen; so wie man gegen die äußeren Erscheinungsformen des Bolschewismus in Deutschland vorgeht, so wäre es auch dann gerechtfertigt, wenn das inzwischen aufgefundene Material nicht so beweiskräftig wäre, wie es zu sein scheint.

Der Großkampf mit polizeilichen Mitteln gegen den Bolschewismus muß aber ergänzt werden durch den Kampf auf sozialem und kulturellem Gebiete, denn der Bolschewismus ist nicht eine Frage der Organisation und der Presse der KPD, sondern er ist eine Weltanschauungsfrage.

Und in Weltanschauungsfragen siegt man nicht mit dem Gummiknüppel und dem Zeitungsverbot, so nötig der Kampf mit diesen Mitteln gegen die äußeren Erscheinungsformen des Bolschewismus ist.

Die Maßnahmen gegen die SPD würden ohne nachhaltige Wirkung bleiben, wenn auch nur ein einziger greifbarer Programmpunkt der NSDAP in die Tat umgesetzt worden wäre oder am 6. 3. in die Tat umgesetzt wird, der vor allem die Arbeiterschaft erkennen läßt, daß für ihren Stand etwas Grundlegendes getan wird.

Zunächst hat man den Bauern geholfen und in ehrlicher Ueberzeugung versucht, der städtischen Bevölkerung, insbesondere auch der Arbeiterschaft klar zu machen, was an einem gesunden Bauernstand gelegen ist. Nunmehr wartet gespannt die städtische Bevölkerung darauf, daß irgendeine grundlegende Maßnahme zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit getroffen und diese mit der gleich ehrlichen Ueberzeugung der Bauernschaft plausibel gemacht wird. Eine einzige diesbezügliche Maßnahme würde auch den Arbeiter die Maßnahmen gegen die SPD leichter tragen lassen. Die Arbeiterschaft sieht heute noch in den Funktionären der Partei die einzig wahren und aufrechten Träger und Verfechter der Arbeiterrechte.

Herr Staatssekretär von Rohr hat, getreu Hitlers Grundsatz, der Stadt die Not der Bauern näher gebracht und Wege aufgezeichnet, die den Bauern in der allernächsten Zeit geebnet werden sollen, soweit sie nicht schon geebnet worden sind.

Herr von Rohr hat sich übrigens seiner Aufgabe nicht eben geschickt erledigt. Er mußte von seiner städtischen Zuhörerschaft immerhin voraussetzen, daß sie sich an dem schlecht gewählten Beispiel mit der Schuhfabrik nicht begeisten könne. Selbst der unintelligenteste Rundfunkhörer wirft die Frage auf, wer die für die Landwirtschaft geforderten höheren Preise bezahlen solle, wenn nicht zuvor die Kaufkraft der Abnehmer gestärkt wurde. Der Bauer kann seinen Bedarf an Industrieprodukten nur decken, wenn er höhere Preise erhält, bezw. seine Kaufkraft gestärkt wird. Die Stärkung der Kaufkraft durch Erhöhung der Rohstoffpeise zu erzielen, ist ein Beginnen, das in Amerika wiederholt versucht worden ist. Dazu gehören sowohl die Versuche, die Anbauflächen einzuschränken, als auch jene der Börse, die Preise durch spekulative Momente zu erhöhen. Alle diese Versuche sind immer wieder zusammengebrochen, weil die Kaufkraft der Konsumenten überschätzt wurde.

Im übrigen würde es sehr viele Deutsche interessieren zu erfahren, wie man, wenn sich wirklich auf dem Binnenmarkte Aufnahmefähigkeit an Arbeitskräften zeigen sollte, mit der dann notwendigerweise einsetzenden Arbeitslosigkeit fertig werden will, die erzeugt wird durch zwangsläufige Minderungen des Außenhandels-Volumens. Es sind immerhin 3 Millionen Menschen, die durch den Außenhandel direkt und indirekt beschäftigt werden. Jede Milliarde Verringerung des Ausfuhrhandels-Volumens bringt uns 300 000 Arbeitslose. Vor allem aus den Kreisen der Intelligenz. Nimmt nun die Belebung des Binnenmarktes 2 Millionen Arbeitslose auf, so werden andererseits 1 Million Arbeitslose geschaffen durch Senkung des Ausfuhrvolumens. Es ist das nur eine Verschiebung, aber keine Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Warum aber überlegt man nicht einen anderen, natürlicheren Weg? Wenn man die Kaufkraft der ganzen Bevölkerung als erstes anregendes Moment nicht zu heben vermag, um über diesen Weg dem Bauer Absatz zu lohnenden Preisen zu schaffen, dann sollte man endlich den Mut haben, den Stier bei den Hörnern zu packen, d. h. jenen Faktor zu regulieren, der nicht nur die deutsche, sondern die gesamte Wirtschaft in Unordnung gebracht hat, das Geldwesen.

Auf meine Frage ob der Bauer bei niedriger Belastung und bei einem Zinssatz von 3½ Prozent in der Lage sei, seine Wirtschaft rentabel zu gestalten ohne Preiserhöhung, wurde mir eine bejahende Antwort. Kürzt die nominelle Belastung um den Prozentsatz, um den der Geldwert gestiegen ist, und setzt die Zinsen mit 3½ Prozent fest, so wird die Bauernwirtschaft rentabler. Genügt das noch nicht ganz, so muß sich der Bauer Absatzorganisationen schaffen, die den Weg zum Konsumenten verkürzen und damit verbilligen, so lange der Zwischenhandel eine Gewinn-Quote ausweist, die mir in Notzeiten noch recht angemessen erscheinen will.

Wenn der Schlachter auf dem Hamburger Schlachthof 50 Pfund Kalbfleisch in einem Stück zu 65 bis 70 Pfg. je Pfund kauft und seinen Ladenpreis mit 1,10 bis 1,20 Mk. festsetzt, so ist das eine Spanne von immerhin 40 Pfg. pro Pfund. Die steuerliche Ueberlastung auch dieses Gewerbes soll nicht übersehen werden. Auch nicht sonstige Unkosten. Es geht aber doch nicht an, daß der Bauer für das Pfund Lebendgewicht 35 Pfg. bekommt, während der Händler — der Fleischer der Großstadt, der seinen Bedarf im Schlachthaus deckt, ist im großen und ganzen in diesem Sinne Händler, da ihm nur noch die Zerlegung des Großstückes im Laden nach den Wünschen des Kunden übrig bleibt — 40 Pfennig gewinnt. Der Schlachter mag die Höhe der Kosten entschuldigen wie er will — zugegeben, er habe in allen Punkten recht und gegen seine Kalkulation wäre nichts, aber auch gar nichts einzuwenden, so bleibt immer der wirtschaftliche Unsinn, daß dem Produzenten 35, dem Verkäufer 40 Pfg. verbleiben.

Ich bin der Meinung, daß dem Bauer auf Kosten der Zwischenstationen, nicht auf Kosten der Konsumenten, eine Preiserhöhung von 20 bis 30 Prozent gewährt werden könnte. Es ist Sache des Zwischenhandels, daß die steuerlichen und sonstigen Belastungen so herabgesetzt werden, daß er diese Preiserhöhung des Bauern auszugleichen vermag.

Ich habe vor 1 Jahr mir die erdenklichste Mühe gegeben, hinter die Quellen der Ueberteurung zu kommen. Ich habe sogar die Aufwärts-Leser zur Mitarbeit aufgefordert. Sie waren wirtschaftlich nicht geschult genug, um von sich aus die Fehlerquelle zu finden und hieb- und stichfeste Vergleiche anzugeben.

Gemeldet haben sich Produzenten und Konsumenten. Nicht ein Zwischenhändler aus dem Gebiete des täglichen Lebensbedarfes hat der Aufforderung Folge geleistet. Kleingewerbetreibende, Verteiler (Läden) suchten ihren kargen Zwischengewinn zu verteidigen, obwohl das garnicht nötig war, weil wir doch viel zu gut wissen, daß am Schuhputzmittel oder an anderen Dingen nicht viel zu verdienen ist.

Um auf den Ausgangpunkt zurückzukommen: Nehmen wir ein Haus, das 1926 einen Wert von 20 000 Mk. hatte. darauf sollen 3 Hypotheken von je 5000 Mark stehen. Der Rest von 5000 Mk. ist das Eigengeld des Besitzers.

Heute hat dieses Haus nur einen Wert von 12 000 Mk. Es bleibt aber weiter belastet mit 15 000 Mk., die Zinsen sind auf 15 000 Mark zu bezahlen.

Das heißt, die Belastung ist höher als der Zeitwert; Steuern und Gefälle werden nicht nach dem Zeitwert berechnet, sind also überhöht und außerdem ist das Eigenkapital restlos verloren. Diese 5000 RM Eigenkapital sind aber Spargeld, im weiteren Sinne Volksvermögen, um das irgend jemand betrogen wird. Jede Zwangsversteigerung beweist ja, daß dem so ist. Die Inflations-Gewinnler hat man nicht gefaßt. Die Deflations-Gewinnler, die für billiges Geld Grundstücke erwerben, könnte man fassen und steuerlich entsprechend belasten. Nun ist erwiesen, daß ich heute für 12 000 RM das gleiche Grundstück kaufen kann, welches ich früher für 20 000 RM erstand. Das heißt daß der Geldwert gestiegen ist. Die Folgerungen hieraus sind: die drei Hypotheken je 5000 RM haben, wenn sie heute zur Auszahlung gelangen, einen wesentlich höheren Wert als sie damals hatten, da sie gegeben wurden. Man könnte diesen Wertzuwachs steuerlich erfassen. Richtiger erscheint es mir jedoch, jede Hypothek mit ihrem heutigen Geldwert einzusetzen. Wenn früher auf dem Haus drei Hypotheken mit je 5000 RM standen, hatten diese dreimal 5000 RM die gleiche Kaufkraft wie, sagen wir etwa dreimal 3000 RM heute, und das Eigengeld des Besitzers von 5000 RM hat heute ebenfalls eine Kaufkraft von 3000 RM. Infolgedessen würde das Grundstück nicht mehr überlastet sein, die Hypothekengläubiger hätten wertmäßig nichts verloren, ja sogar der Besitzer hätte sein Eigenkapital gerettet.

Steuern und Gefälle wären ebenfalls dem Zeitwert anzupassen, und da ein Zinssatz von 5 Prozent auch heute noch angemessen sein dürfte (im Frieden wurde für die erste Hypothek 4½ Proz., für die zweite 5 Proz. gezahlt), so ergäbe sich eine recht erhebliche Senkung, die allein bei den Zinsen 150 RM im Jahr beträgt. Die Kaufkraft des Eigentümers steigt also allein aus den Zinsen um 150 Mark und dürfte aus der Senkung der Steuern wohl ebenfalls noch mindestens um 50 RM steigen.

Die Hypothekengläubiger selbst haben nichts verloren. Wie anders sähe z. B. die Belastung landwirtschaftlicher Betriebe aus, wenn so verfahren würde. Daß dieses Beispiel sich nicht auf alles und jedes beziehen läßt, ist selbstverständlich, und daß es insbesondere nicht sich auf die durch die Inflation geschädigten Gläubiger erstrecken darf, die schon einmal geschröpft worden sind, ist ebenso selbstverständlich.

Hat man 1924 und später kaltschnäuzig in das Hypothekenwesen eingegriffen und eine Abwertung um 75 Prozent gutgeheißen, warum will man heute so ängstlich dafür besorgt bleiben, Deflationsgewinne zu erfassen, indem man die nach 1924 eingetragenen Hypotheken nicht auf ihre heutige Kaufkraft zurückführt. 1923 ist an den Hypothekengläubigern ein bitteres Unrecht geschehen. Heute soll gar kein Unrecht geschehen. Es soll nur Unrecht verhütet werden. Wie bald könnte man die Zwangsversteigerungsgesetzgebung aufheben, wenn man die Ueberlastung auf das richtige Maß zurückschrauben würde. Ganz selbstverständlich müßte — sinkt der Geldwert, der Hypothekengläubiger so gestellt sein, daß er keinen Schaden nimmt. Auf diese Weise schaltet man allerdings die Grundstücksspekulation aus. Ich meine aber, daß das eher zur Gesundung beiträgt als manche andere Maßnahme und manch anderer staatlicher Eingriff.

Es lautete von jeher einer der wichtigsten Programmpunkte der NSDAP „Kontrolle des Banken-, Börsen- u. Geldwesens". Ich kann und will nicht glauben daß dieser Programmpunkt gefallen ist, denn hier liegt der Schlüsselpunkt für die Wiedergesundung, haben doch selbst die Bank- und Börsenkönige und die Geldherren, also die Privatwirtschaftler eingestehen müssen, daß Fehlleitungen von Milliarden vorgekommen seien. Also ist zum mindesten eine Kontrolle dieses Bank-, Börsen- und Geldwesens gerechtfertigt.

Hier sollte man also den Hebel zur Wirtschaftsbelebung ansetzen. Merkwürdig genug, am 31. Januar hätte ich erwartet, daß die Börse Gift und Galle spie, die Kurse warf und so dirigierte, daß der von ihr bestgehaßte Mann, Adolf Hitler, entweder sein Amt nicht, oder nur einen Trümmerhaufen hätte übernehmen können. Die Börse hat bis heute, wenn auch bei sehr stillem Geschäft, keine wesentliche Beunruhigung gezeigt. Hofft sie, daß Hitler sich doch noch zurechtbiegen lassen wird, oder scheinen ihr Papen und Hugenberg Garanten im neuen Kabinett. Jedenfalls ist die von mir beobachtete Ruhe an der Börse auffällig genug, daß man sie ausdrücklich feststellt. Auch hier wird der 6. März zeigen müssen, wohin die Reise geht. Ohne Kontrolle des Bank-, Börsen- und Geldwesens — eine Kontrolle liegt nicht etwa schon im Bestehen der Reichsbank — gibt es weder zusätzliche Arbeit noch zusätzliches Brot.

Der Marxismus hat große Schuld auf sich geladen, daß er die Vernichtung des kleinen, des Sparkapitals zugelassen und die Vereinigung größter Mittel in unkontrollierbaren Händen gestattet hat. Der Kampf gegen den Marxismus muß ergänzt werden durch Neuordnung der Geldverkehrswirtschaft. Das hat mit Inflation nichts zu tun. Man mache am 6. März den Anfang.

Politik „aus dem Glauben" ist etwas sehr Schönes. Aber Politik aus der Wirtschafts-Praxis scheint mir ebenso wichtig zu sein, denn der Glaube an die Reformbedürftigkeit des gesamten Wirtschaftsdenkens dürfte sich doch wohl in der Zwischenzeit zur Erkenntnis und zum Wissen verdichtet haben. Und wo Wissen ist, braucht man keinen Glauben sondern Tat. F. B. A.

411 Stadt. Bibliothek S 839

Feuerzeichen!

Von Atlanticus.

Das zum großen Teil ausgebrannte Reichstagsgebäude ist eine ernste Mahnung an das gesamte deutsche Volk. Ueber dem Hauptportal steht die Widmung „Dem deutschen Volke". Hier sollten die vom Volke erkorenen zum Besten des ganzen Volkes ihre gesetzgeberischen und den Staatsbetrieb überwachenden Aufgaben erfüllen. Nun ist auf Jahresfrist hinaus an dieser Stelle diese Tätigkeit unterbunden. Der am 5. März gewählte Reichstag wird zunächst keine eigene Bleibe haben.

Die kommunistische Brandkolonne in Berlin — auch die mißglückte Zerstörung des Berliner Schlosses geht auf ihre Rechnung — hat nicht nur das Haus zerstört, das gleichsam symbolhaft die Machtfülle darstellt, die der erste Artikel der Weimarer Verfassung dem deutschen Volke zuerkennt, sondern sie hat auch ein warnendes Fanal leuchten lassen: „Hütet Euch!"

Als an dieser Stelle in der Nr. 6 vom 7. Januar auf das Dezemberheft der „Süddeutschen Monatshefte" hingewiesen wurde mit der warnenden Darlegung Ernst Drahns: „Bürgerkrieg droht!" konnte niemand voraussehen, wie schnell Drahns aufgestellte und bewiesene Behauptungen erwiesen werden würden. Ueber Mord- und Raubkolonnen berichteten schon hin und wieder die Zeitungen, aber daß alles, was Drahn behauptete, krasse Wirklichkeit ist, das erfährt auch der ungläubigste Staatsbürger heute mit nicht zu leugnender Deutlichkeit und Eindringlichkeit.

Das Märzheft der S. M. bringt als Fortsetzung aus der Feder von H. R. Mertel eine neue Warnung: „Rote Kulturrevolution" eine nicht ernst genug zu nehmende Darstellung der Wühlarbeit Moskaus auf kulturellem Gebiet. Doch das nebenbei. — Drahns Enthüllungen entfesselten seinerzeit einen Sturm der Entrüstung von marxistischer Seite, denn er hatte ja behauptet, daß Kommunisten und Sozialisten sich „in ihrer Zielsetzung grundsätzlich gar nicht von einander unterscheiden und taktisch auch nur zeitweise". Im gleichen Märzheft weist er diese Behauptung nun m[illegible] nach).

Im sogenannten „bürgerlichen" Lager hat man die Darlegungen Drahns stellenweise als unerhörten Angriff auf das Ruhebedürfnis schöner Seelen angesehen, von Ammenmärchen gesprochen, die „nur geeignet seien, alle Versuche, eine friedliche Atmosphäre zu schaffen, zu stören". Eine schöne friedliche Atmosphäre!

Die Staatsgewalt hat sofort mit rücksichtsloser Schärfe durchgegriffen. Es gibt Leute, die sofort behaupteten, zu scharf. Nun, der Obrigkeit ist nicht umsonst das Schwert in die Hand gegeben. Wenn sie es einmal gebrauchen muß, dann muß es auch fühlbar sein. Die bisherige Sichtung des in der Berliner kommunistischen Zentrale, dem Liebknechthaus, aufgefundenen Materials zeigt, daß die Kommunisten im Fall ihrer Machtergreifung sich nicht scheuen würden, demgemäß zu handeln. Nicht nur gegnerische politische Persönlichkeiten sollten dann im ersten Anlauf ermordet werden, sondern auch der Politik völlig fernstehende Personen, die nur das eine „Verbrechen" begangen haben, im gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Leben eine Rolle zu spielen. Da ist es durchaus zu verantworten, wenn die jetzige Staatsgewalt die Häupter der Verschwörung festsetzt, um die Gefahr eines „Bürgerkrieges" zu bannen. Das ist ihre Pflicht, dem Ganzen gegenüber, und richtet sich absolut nicht etwa gegen die „Arbeiterschaft", in derem wohlverstandenen Interesse die Bewahrung von Ruhe und Ordnung ebenfalls liegt.

„Nur bei geordneten und ruhigen Verhältnissen ist es möglich, die weiteren Interessen zu wahren, die auch wieder allen gemeinsam sind, Kopf- und Handarbeiter jeglicher Art, Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Stadt und Land, nämlich die Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse.

Außergewöhnliche Zustände erfordern meist außergewöhnliche Mittel zu ihrer Beseitigung. Es ist in der menschlichen Unvollkommenheit begründet, daß dabei hier und da einmal über das Ziel hinaus geschossen wird, nicht aus allzu großem „Schneid", vielmehr aus übergroßer Besorgnis der betreffenden Person, ihre Pflicht restlos zu erfüllen. Das wirkt zweifellos nicht gerade beschwichtigend auf die in unruhigen Zeiten besonders starke allgemeine Nervosität ein, muß aber mit in den Kauf genommen werden.

Die Unrast solcher Tage wird aber noch verschlimmert durch die „Aportenträger" — um mit Fritz Reuter zu reden —, die Menschen, die von Haus zu Haus, von Biertisch zu Biertisch ziehen, um ihre ungewaschenen Neuigkeiten an den Mann oder die Frau zu bringen. Diese Gerüchtemacher sind eine gefährliche Gesellschaft, die man nur durch ausgesuchte Grobheit von „ihrem Leiden" befreien kann.

In solchen Zeiten ist das Wort „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" durchaus berechtigt, umsomehr, wenn man sieht, daß die Staatsgewalt schnell und energisch zuzupacken gewillt ist. Die Schuldigen werden ihrer Strafe nicht entgehen, Ruhe und Ordnung werden mit allen Mitteln aufrecht erhalten. Daß das mit Unbequemlichkeiten für alle verknüpft sein wird, ist unvermeidbar.

Die ausgebrannte Stätte in Berlin ist aber auch eine sehr ernste Mahnung für jeden einzelnen, insonderheit für alle diejenigen, denen „es noch gut geht", und auch diejenigen, die berufen sind, zu den öffentlichen Dingen Stellung zu nehmen. An irgendeiner Stelle in seinen Werken sagt Fritz Reuter von einem Zeitgenossen: „Mein Gewüssen beußt mir nicht!" Nun, unser aller Gewissen sollte uns angesichts dieser Brandtat sehr tüchtig beißen, und nicht nur beißen, sondern brennen vor Scham, weil wir durch unser Laufenlassen der Dinge nicht ganz unschuldig an ihrer Entwicklung sind.

Haben wir, in unserem Kreise und wo wir sonst wirken konnten, aufklärend und beruhigend gewirkt? Haben wir, wo immer die Möglichkeit dazu gegeben war, die helfende, tröstende Hand ausgestreckt, um einem elenden Menschenkind, das verzweifelnd nach Hilfe ausschaute, beizustehen? Haben wir durch verständnisvolles Eingehen auf die Ansichten, die Forderungen anderer, besonders der am schwersten Getroffenen, dazu beigetragen, daß die bestehenden Gegensätze wenigstens gemildert wurden?

Die Schuldigen werden ihrer Strafe zugeführt werden, je schneller und je vollkommener, um so besser. Wird man auch die sämtlichen Drahtzieher erreichen können? Wird man auch allen ursächlichen Zusammenhängen, die diese Atmosphäre von Mord-, Brand- und sonstigem Vernichtungswillen erzeugen halfen, nachgehen, Zusammenhängen, ohne die der revolutionäre Befehl Moskaus ohne Kraft, ohne Nachwirkung in Deutschland hätte bleiben müssen. Da ergibt sich für die Staatsgewalt die unabweisbare Aufgabe, nicht nur strafend, sondern auch heilend zu wirken, indem möglichst schnell und möglichst umfassend die zwangsweisen Müßiggänger von der Straße und aus der vergiftenden Atmosphäre genommen und lohnender Beschäftigung zugeführt werden. Es ist aber auch der bürgerlichen Gesellschaft, der Wirtschaft, jedes einzelnen, der dazu Macht und Gelegenheit hat, dringlichste Aufgabe, hier zu helfen, damit endlich der Wandel eintritt, der nun einmal die Vorbedingung für die Beseitigung der Unruhe und des Unfriedens ist.

Aus dem Ruhrgebiet.

Wenn man hoffte, es werde nun der Aufschwung sogleich mächtig einsetzen, so ist dies, wenigstens in der Montanindustrie noch nicht in Erfüllung gegangen. Die Einstellung von Bergleuten ist nur spärlich erfolgt, denn die Zahl der Belegschaft, die im September 1932 sich auf 206 000 belief, beträgt heute nur 208 000.

Nachdem man in den Herbstwochen die Förderung der Kohlen stark gesteigert hatte, um den Winterbedarf sicherzustellen, ist nun ein starker Rückgang zu verzeichnen, da der Winterbedarf nicht in dem Maße, wie man dachte, eingetreten ist. Noch immer lagern auf Halden 8 Millionen Tonnen Kohlen und Koks. Und dabei werden Schulen geschlossen, z. B. in Hagen und Herne aus Mangel an Geld, um Koks zu kaufen.

Auch der Gerekeplan der den Städten neuen Mittel bringen sollte zur Vergebung öffentlicher Arbeiten, hat enttäuscht, denn was sind 500 Millionen unter so viele? Fallen doch auf eine Provinz wie Rheinland oder Westfalen höchstens 25 Millionen und auf eine Stadt dementsprechend eine geringe Summe. —

In Herne hat sich jetzt der größte und bedeutendste Verband der Wirtschaftspartei aufgelöst, weil es das Gebot der Stunde sei, daß alle sich eingliederten in die nationale Front.

In Dortmund trat der neue Polizeipräsident Schepmann am 17. 2. seine Stellung als Nachfolger von Jörgiebel an. Er war im Kriege Kompagnieführer und nach seiner Verwundung Gerichtsoffizier, dann Oberführer der SA in Westfalen, nachdem der Regierungspräsident König ihn ohne Pension seines Lehramts entsetzt hatte.

Wenn im Aufwärts in einem Leitartikel der letzten Zeit gefragt wurde „Werden sich die marxistischen Parteien vereinigen?", so scheint es hier im Ruhrgebiet nicht so. In Essen ist der Versuch gemacht worden. Die Kommunisten forderten die Sozi und Freien Gewerkschaften auf zu einer gemeinsamen Demonstration vor den Wahlen. Aber — sie blieben ohne Antwort. Darüber nun lange Gesichter und wüstes Schimpfen auf die SPD, welche die Einheit des werktätigen Volkes sabotiert hat. Die Hetze, welche die kommunistische Presse treibt, ist furchtbar. Da ist zunächst der westfälische „Kämpfer", Ableger des rheinischen „Ruhrechos", aus dessen Nummer vom 10. Februar es genügt, nur einige von den großen und fettgedruckten Ueberschriften zu nennen: „Kumpels, schließt die Einheitsfront!", „Proteststreik gegen den Faschismus!", „Der 6. Nazimord!", „Schluß mit dem Abwarten, handelt!", „Hoch die rote Sturmfahne!". Noch stärkere Töne schlägt das Blatt „Der Arbeitslose" an: „Kampfeinheit zum Angriff!", „Massenhunger und Massenvernichtung!", „Ein Landgerichtsrat (Dortmund) preist Hunger als Garantie für Gesundheit!", „Arbeiterfrauen und -mädels brechen vor Hunger auf der Wohlfahrt zusammen!".

August der Starke.

Fortsetzung.

August der Starke hatte das absolute Bewußtsein seines ihm von Gott übertragenen Herrschertums. Er wollte regieren und nicht die Stände, daher sein dauender Kampf gegen die Stände: gegen Adel und Städte. Er war sich klar über die Alternative: Absolutismus des Landesherrn oder Mitherrschaft der Stände, und diese verlangte eine Lösung. August d. St. versuchte sie energisch herbeizuführen. „August schrieb wohl auch, ohne die Stände zu fragen, eigenmächtig Steuern aus, — — bestand hartnäckig auf der im Dezemb. 1700 verlangten Einsendung statistischer Tabellen". Die 1701 eingeführte Generalkonsumtionsakzise, eine neue Art der Besteuerung zugunsten der Städte u. kleinen Leute, aber zuungunsten des Adels, da von nun an nicht nur Immobilien, sondern auch der Grundbesitz besteuert werden sollte, ging erst nach starkem Widerspruch der Stände durch. August d. St. löste einfach den Landtag auf und handelte wie er wollte. Der Statthalter mußte den Ständen zu verstehen geben: Daß Wir uns nicht durch Widerspänstigkeit und Zwang von Unseren Rechten und gerechten Intentionen ableiten wollen, wohl aber durch Raison und Submission Ueberwinden lassen können." Im Jahre 1707 nahmen die Stände dann eine Veröffentlichung der Generalkonsumtionsakzise-Ordnung ohne Widerspruch hin. Auch später schrieb er verschiedentlich, wenn er Geld für seine Kriege brauchte, eine Kopf- und Vermögensteuer aus, ohne die Stände zu fragen. Sehr bestärkt wurde der Kurfürst in seinem Kampf gegen die Stände einmal durch das Beispiel Friedrich Wilhelms I. in Preußen und vor allem durch die Schrift des Kammerhern Johann Friedrich von Wolframsdorff: „Portrait de la cour de pologne", die ihm der Verfasser Ende des Jahres 1704 in die Hände spielte. Er stellt darin in richtiger Weise den jahrhundertealten Gegensatz zwischen dem Landesherrn und den um ihre Rechte kämpfenden Ständen ans Licht, und er gibt energisch die Parole aus: „Nieder mit den Ständen!" Augusts des Starken Randbemerkungen in einer Eingabe der Stände an ihn zeigen auch, daß er sich nichts vorschreiben lassen wollte, z. B. „Dieses ist absollutes nicht zu gestahtten und leset sich koin her(r) leges vorschreiben, den er schon wissen wird, was zu seinen und der seinigen besten und nutz des landesbesten ist." Als die Sachsen, die um ihre protestantische Religion bangten, nachdem August katholische geworden war, bei Religionsänderungen ein Widerstandsrecht für sich in Anspruch nahmen, fuhr August auf: „Diese ist zu hart, — — — man kann ihnen Versicherungen geben, daß sie nicht sollten an ihrer Religion und Kirchen durbieret werden." Man sieht also, August wehrte sich gegen die Stände, aber das Ergebnis seiner Regierung war nicht wie in Preußen ihre endgültige Unterwerfung. Der letzte Grund für diesen Mißerfolg ist zu suchen in dem konfessionellen Gegensatz zwischen August und seinem Volk. Daß er um der polnischen Königskrone willen katholisch wurde hat ihm das Volk nie verziehen. Die Sachsen fürchteten für ihren lutherischen Glauben, und diese gemeinsame Furcht band die Stände fester zusammen, als August wünschen konnte. Ihr Mißtrauen gegen ihn war nicht mehr aus der Welt zu schaffen, obwohl er sich ganz auf den Boden der Toleranz stellte. Als August der Starke katholisch wurde und die polnische Krone annahm, ging ein großer Schrecken durch die Herzen seiner sächsischen Landeskinder. Die Angst um ihren Glauben ergriff viele und der Kampf zwischen Katholiken und Protestanten setzte von neuem ein. Er verschärfte sich um so mehr, als die Konversion des Kurprinzen, der schon 1712 in Bologna heimlich übergetreten war, 1717 öffentlich bekannt wurde. Es war im Jahre des Reformationsjubiläums und um einen etwaigen Aufstand der Protestanten zu verhindern, gab August ihnen eine neue Versicherung, er werde nichts vornehmen und gestatten, was zum Abbruch der Religionsfreiheit gereichen könne. In allem solle der status quo nach dem Edikt von 1697 unverletzt erhalten werden.

Die Prachtliebe und Verschwendung Augusts des Starken nahm ihm das Volk weniger übel, obwohl das Land zeitweise, etwa in den Jahren nach dem Altranstädter Frieden 1706, nachdem der Schwede im Land gewesen war, sehr verarmt war. Man sah jedoch in der Ueppigkeit der Hofhaltung Augusts, in seinen großartigen Festen, die gute Seite, daß eben durch sie den Handwerkern, den verschiedenen Industrien und vielen Künstlern Arbeit und Gelegenheit zu hohem Verdienst gegeben wurde. Das Volk nahm in dieser Weise mehr oder weniger Anteil an den Veranstaltungen des Hofes und hatte seine Freude an den Umzügen, die durch die Stadt gingen und an gelegentlichen Volksfesten. — — Auf diese Weise bestand eine Verbindung zwischen König und Volk, und man kann wohl annehmen, daß August von seinen Untertanen als Herrscher geliebt wurde.

Die Kurfürstin von Sachsen war Christiane Eberhardine, die Tochter des Markgrafen Christian Ernst von Brandenburg-Bayreuth, eine Cousine Augusts des Starken. Im Januar 1693 hatte die Hochzeit in Bayreuth stattgefunden. Die Markgräfin von Bayreuth, Christianes Mutter, und sie selbst hatten sich bei der Werbung Augusts des Starken anfangs ablehnend verhalten; denn ihm ging nicht der beste Ruf voraus. Er galt „als zügellos, als Sklave seiner Leidenschaften, als überaus empfänglich für Liebeleien". Mutter und Tochter aber fügten sich dem Willen des Markgrafen. Die Ehe verlief nicht glücklich, beide Teile waren zu verschieden: Christiane Eberhardine war zurückhaltend, ernst, fromm; Friedrich August liebte das überschäumende Leben. „Christiane Eberhardine war ihm weiter nichts als das ebenbürtige Weib, das ihm den Sohn, den Erben zu schenken habe, er ihr der von Gott gesetzte Herr und Gebieter. Sie gingen bald fremd nebeneinander her, „der von Genuß zu Genuß Taumelnde und die wohl etwas philiströse, schwerblütige junge Frau, der dem Religiösen mehr und mehr Absterbende und die in Gott und Christus ganz lebende und aufgehende Protestantin, der Falsche, um eine Lüge und Ausrede nie Verlegene und die vor allem Sündhaften zurückschreckende Verkörperung edelster Frauentugend." Christiane Eberhardine merkte bald die Enttäuschung, aber sie „nahm alles demütig und in Geduld hin, das Schlimme als eine Prüfung von oben. Am 7. Oktober 1696 schenkte sie August einen Sohn. Ihre große Freude wurde getrübt durch die Nachricht, daß Augusts Maitresse Maria Aurora von Königsmarck Ende desselben Monats auch einen Sohn bekam. August schenkte Christiane Eberhardine das Amt Pretzsch, ihren späteren Lieblingsaufenthalt. Das Leben der Kurfürstin von Sachen und Königin von Polen blieb ein kummervolles, sorgenschweres Dasein.

(Fortsetzung folgt.)

Und nun zum Schluß noch eine ergötzliche Geschichte aus Hagen: Die evangelischen und katholischen Kirchengemeinden in Hagen hatten bisher gemeinsam eine Kirchensteuerstelle bei dem Finanzamt. Der katholische Dechant aber erklärte jetzt, das ginge nicht mehr, daß ein evangelischer Vollziehungsbeamter zu Katholiken käme, denn sie würden dadurch erbittert (!). Käme dagegen ein katholischer Beamter, um zu mahnen oder zu pfänden, so würde er als Glaubensgenosse freundlich aufgenommen (?). So ist denn mit 1. 4. die gemeinsame Steuerstelle gekündigt. Es ist schwer, über die wunderliche Begründung keine Satire zu schreiben. St.

Reichstagseröffnung im März?

Bericht Hitlers an Hindenburg – Kabinett verlangt weitgehende Vollmachten – Zusammentritt des Reichskabinetts

Berlin, 7. März.

Reichskanzler Hitler stattete dem Reichspräsidenten einen Besuch ab und erstattete dabei dem Reichspräsidenten v. Hindenburg Bericht über das Ergebnis der Reichstagswahl. Das Reichskabinett wird am heutigen Dienstag wieder zusammentreten, nachdem zuvor noch eine Ministerbesprechung stattgefunden hat. Ob die Reichsregierung nach ihrem Wahlsieg einen Aufruf an das deutsche Volk richten wird, ist zur Stunde noch nicht entschieden.

Den Hauptpunkt der Tagesordnung der heutigen Kabinettssitzung dürfte die Aussprache über den Ausfall der Reichstagsneuwahl bilden und die Konsequenzen, die sich aus dem starken Erfolg der amtierenden Reichsregierung für die Beurteilung der politischen Lage ergeben. Daneben werden dann noch die Fragen behandelt werden, die ohnehin schon für den nächsten Kabinettsrat angesetzt waren. Hier handelt es sich vor allem um landwirtschaftliche Fragen wie das Problem der Einfuhrkontingente und die Bewirtschaftung der Oele und Fette. Eine außenpolitische Aussprache ist nach dem, was man darüber hört, in der Tagesordnung nicht vorgesehen, doch ist angesichts der Wichtigkeit, die die Außenpolitik im Augenblick hat, anzunehmen, daß auch diese Frage erörtert wird.

Man rechnet in politischen Kreisen bestimmt damit, daß sowohl der Reichstag, wie auch der Landtag sobald wie möglich, in etwa 14 Tagen bis 3 Wochen, einberufen werden, und daß die Regierung ein Ermächtigungsgesetz fordern wird. Dieses Ermächtigungsgesetz soll nach Möglichkeit auch verfassungändernd sein. Wenn in der Oeffentlichkeit verschiedentlich von einer Vorlage über eine Aenderung der Reichsfarben gesprochen wird, so kann dem gegenüber festgestellt werden, daß die Reichsregierung sich mit dieser Frage noch nicht beschäftigt hat.

Preußen-Klage erledigt

Was die Preußenfrage anbetrifft, so ist man in Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, der Auffassung, daß durch die Neuwahl die Klage der alten Staatsregierung Braun-Severing praktisch hinfällig geworden ist, da der Landtag selbstverständlich bald eine reguläre Regierung bilden wird und angesichts einer ordnungsmäßigen Ministerpräsidentenwahl die Klage keinerlei Bedeutung mehr hat. Es dürfte die Frage sein, ob der Staatsgerichtshof dann lediglich die rein formalrechtlichen Verhandlungen weiterführen wird.

Als neuer Ministerpräsident Preußens wird Vizekanzler von Papen genannt, als Justizminister Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune. Zuständig für die Wahl des Ministerpräsidenten ist das Landtagsplenum. Die seit der Berufung Papens im Sommer 1932 geschlossene Verbindung zwischen der Reichs- und der preußischen Staatsregierung dürfte aufrecht erhalten bleiben.

In diesem Zusammenhange verlautet von unterrichteter Seite, daß die Behandlung der Hamburger Angelegenheit als eine rein ressortmäßige Angelegenheit des Reichsinnenministeriums anzusehen ist und in der Reichsregierung dementsprechend behandelt wird. Es ist nichts darüber bekannt, daß gegen andere Länderregierungen ähnliche Maßnahmen geplant sind.

Eingreifen in Hessen und Bremen

Berlin, 7. März.

Der Reichsminister des Innern Dr. Frick hat nach einer amtlichen Mitteilung auf Grund des Paragraphen 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat infolge der Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, die den Ausbruch von Unruhen befürchten läßt, die Befugnisse der obersten Landesbehörde in Hessen übernommen, soweit es für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung erforderlich ist.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte im Rahmen der angegebenen Befugnis ist dort Regierungsrat Dr. Müller vom Finanzamt Alsfeld-Oberhessen beauftragt worden.

Ebenso hat der Reichsinnenminister die Befugnisse der obersten Landesbehörde in Bremen übernommen und mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Polizeisenats den stellvertretenden Direktor des Arbeitsamtes Bremen, Dr. Markert, beauftragt.

Ein Nachrichtenbüro meldet dazu, der Reichsinnenminister habe sich zu dieser Maßnahme entschlossen, weil die wegen Nichtrücktritts marxistischer Senatoren geschaffene Erregung in der Bevölkerung von Bremen den Ausbruch von Unruhen befürchten lasse.

Rücktritt des Senats in Bremen.

Wie soeben bekannt wird, hat der Gesamtsenat Bremens seinen Rücktritt erklärt.

Schulfrei in Preußen und in Thüringen

Berlin, 7. März.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Kommissar des Reiches für das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Rust, anläßlich der geschichtlichen Wende, die der überwältigende Wahlsieg der nationalen Front für Deutschland bedeute, verfügt, daß an sämtlichen ihm unterstehenden Schulen Preußens am Mittwoch der Unterricht ausfällt.

In Thüringen fällt auf Anordnung des Volksbildungsministers in Weimar am heutigen Dienstag in allen Schulen der Unterricht aus.

Der Führer der NSDAP., Reichskanzler Adolf Hitler, hat der Reichspropagandaleitung der NSDAP. seinen Dank und seine Anerkennung für ihre im Wahlkampfe geleistete Arbeit ausgesprochen.

Das Echo in der Presse

Berlin, 7. März.

Das Ergebnis der Reichstagsneuwahl hat in der gesamten deutschen Presse und darüber hinaus auch im Auslande stärkste Beachtung gefunden. Von den Berliner Blättern sprechen die Zeitungen, die den hinter dem Kabinett stehenden Volksmassen nahestehen, durchweg von einem Sieg der Nation.

Der nationalsozialistische **„Völkische Beobachter"** wertet die Reichstagsneuwahl als die größte politische Entscheidungsschlacht und als ein Bekenntnis der deutschen Nation zu Adolf Hitler. Der „Angriff" ruft auf, das Gewonnene nunmehr auch auf kommunalpolitischem Gebiet auszuwerten.

Von den rechtsstehenden bürgerlichen Blättern erblickt die **„Börsenzeitung"** in der Wahlentscheidung eine Aufforderung zu einer kraftvollen und kompromißlosen Außenpolitik. Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"** sieht in der Wahlentscheidung das Ende des demokratischen Staates und den Anbruch einer neuen Zeit. Die **„Deutsche Tageszeitung"** erblickt in dem Wahlergebnis eine Bestätigung dafür, daß wir uns in einer nationalrevolutionären Periode befinden.

Der deutschnationale **„Lokalanzeiger"** sagt, angesichts des nationalsozialistischen Sieges, sei der Erfolg der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot an sich fast bescheiden zu nennen. Die Kampffront habe aber eine absolute Stimmenvermehrung erreicht, vor allem aber sei nur zusammen mit ihr die absolute Mehrheit der nationalen Front gegeben.

Von den oppositionellen Blättern nennt das Zentrumsblatt „Germania" die Wahlen „ungewöhnlich in ihrer Vorgeschichte und in ihrem Ergebnis". Die von einer Mehrheit des Volkes bestätigte Reichsregierung habe die Möglichkeit, und damit die heilige Pflicht, verfassungsmäßig zu regieren.

Auslandsstimmen zur Wahl

Paris sieht im Ergebnis der Reichstagswahlen den Sieg des Nationalsozialismus. Die Presse hebt hervor, daß der Sieg der Regierung eine bemerkenswerte Bedeutung schon deshalb erhalte, als das Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen in allen deutschen Ländern festzustellen sei, was vielleicht eine Einwirkung auf den föderativen Charakter Deutschlands haben könnte. Einige rechtsstehende Blätter, vor allem das „Echo de Paris", beeilen sich, argwöhnisch den Schluß zu ziehen, daß nunmehr von Abrüstung kaum noch die Rede sein könne. „Figaro" schreibt: Deutschland ist erwacht!

In englischen Blättern wird die Ansicht vertreten, daß der ungeheure Sieg der Rechten bzw. der Nationalsozialisten auf ihre hinreißende Propaganda zurückzuführen sei. „Daily Expreß" glaubt eine Modifizierung der Politik der Reichsregierung erwarten zu können, um ein größeres Deutschland aufzubauen, als die Welt je gesehen habe. „Daily Telegraph" gibt der Vermutung Ausdruck, daß der deutsche Anspruch auf Sicherheit in naher Zukunft deutlicher zum Ausdruck gebracht werden wird.

In den belgischen Blättern wird Hitler der einzige Sieger des Tages genannt. Man glaubt, daß in Deutschland mit raschester Rückkehr zu normalen Verhältnissen und mit einer gewissen Duldung der Opposition zu rechnen sei.

In Wien wird der Wahlsieg der Regierung in den christlichsozialen Blättern als Sieg über den Marxismus gewertet. Der Kampf gegen ihn sei schon formell entschieden, und es handele sich nur noch darum, die Folgen aus dieser klaren und unzweideutigen Stimmabgabe der Wähler zu ziehen. In gewissem Sinne sympatomatisch sei auch die ganz auffällige Stimmenzunahme der Nationalsozialisten in Süddeutschland.

Die amerikanischen Blätter verzeichnen den Sieg der Reichsregierung in großer Aufmachung auf den Frontseiten. Man spricht von einer allgemeinen nationalen Erhebung der einfachen Frontmassen. Deutschlands Zukunft hänge nunmehr von der Zusammenarbeit der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen ab.

Die polnische Presse stellt einstimmig den großen Sieg fest, den die Reichsregierung bei den Wahlen davongetragen hat. Das Triumvirat Hitler-Papen-Hugenberg triumphiere. Das Regierungsblatt „Expreß Poranny" betont mit besonderem Nachdruck, daß die Regierungskoalition sowohl im Reichstag wie im Landtag über die absolute Mehrheit verfügen werde.

NSDAP zum Wahlsieg

Berlin, 7. März.

Die Reichspressestelle der NSDAP. beschäftigt sich mit dem Ergebnis der Reichstagswahl und schreibt u. a.:

„Die NSDAP. hat im Reiche und in Preußen einen gewaltigen entscheidenden Sieg errungen. Das Volk hat gesprochen und nicht nur der Regierung Hitler das verfassungsmäßige Mandat zur Durchführung ihres großen nationalen Aufbauprogramms erteilt, sondern darüber hinaus der NSDAP. einen geradezu überwältigenden Beweis seines Vertrauens gegeben.

Ueber 17 Millionen Stimmen konnten allein die Nationalsozialisten im Reiche auf sich vereinigen und damit den Beweis erbringen, daß sie innerhalb der Regierung der nationalen Erhebung nicht eine von vielen Säulen, sondern einen Block darstellen, der fast allein diese von einer Mehrheit gestützte Regierung trägt. Niemals hätte Deutschland diese Wende seines Schicksals erlebt, wenn nicht die nationalsozialistische Bewegung und ihre heroischen Kämpfe wieder das deutsche Volk aus seinem tiefsten Verfall emporgerissen hätten. Diese Anerkennung verlangt die NSDAP. von allen, die sich heute zum jungen Deutschland bekennen."

Reichsbanner in Thüringen verboten

Weimar, 7. März.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurde in Thüringen verboten. Gleichzeitig sind mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold alle Neben- und Unterorganisationen der Eisernen Front verboten worden.

Der Dollar wankt.

Notgeld in Amerika.

Washington, 7. März.

Nach einer Konferenz mit den Führern des Parlaments hat der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, den Kongreß für Donnerstag zu einer Sondertagung nach Washington einberufen. Gleichzeitig wurde verfügt, daß bis dahin die Banken und Börsen geschlossen bleiben.

Weiter hat Präsident Roosevelt eine Proklamation erlassen, durch die der Bundesregierung die absolute Kontrolle über die Goldvorräte der Nation gegeben und die Ausfuhr von Gold und Silber verboten wird. Außerdem gibt sie den Bundesbehörden die Ermächtigung, zur Ausgabe von Notgeld. Das Hamstern von Münzen und anderen Währungsmitteln wird verboten.

Nach einer Zeitungsmeldung sollen die Zentralbanken von Frankreich, Holland, Belgien und der Schweiz bereit sein, der Federal Reservebank Kredithilfe zu gewähren.

◆

Die Bankenkrise in USA. — Um die Lohnzahlungen am Dienstag.

Washington, 6. März. Staatssekretär Hull erklärte, daß die amerikanische Regierung vorübergehend die Behandlung der internationalen Fragen beiseite stellen werde, um alle Kräfte zur Besserung der finanziellen Lage einzusetzen. Die Konferenz der Gouverneure der Bundesstaaten hat eine Entschließung angenommen, in der der Bundesregierung das volle Vertrauen ausgesprochen und die volle Unterstützung der einzelnen Staaten zugesichert wird. Präsident Roosevelt hat den Generalgouverneur der Philippinen ermächtigt, die Philippinen von den Bankfeiertagen auszuschließen.

Am Montag nachmittag fand eine Konferenz zwischen Präsident Roosevelt und Schatzsekretär Woodin statt, in der die Ausführungsbestimmungen für die Notgeldausgabe behandelt wurden. Es werden alle Anstrengungen gemacht, um die am Dienstag fälligen Lohnzahlungen zu ermöglichen. Zu diesem Zweck stehen in Newyork 250 Millionen Dollar Clearing House-Notgeld bereit.

Der Sprecher des Repräsentantenhauses deutete an, daß es trotz aller Bemühungen vielleicht erforderlich sei, die Bankfeiertage noch weiter auszudehnen. Der Kongreß wird in seiner Sondersitzung u. a. auch über die Refinanzierung der Mitte März fälligen amerikanischen Anleihen in Höhe von einer Milliarde Dollar zu entscheiden haben.

◆

Argentinische Währung auf Frankengrundlage.

London, 6. März. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, hat die argentinische Regierung infolge der amerikanischen Bankenkrise die Verbindung der argentinischen Währung mit dem französischen Franken beschlossen.

Straßenschlacht in Hamburg.

Hamburg, 6. März. Montag abend kam es zu schweren Schießereien zwischen Polizei und Nationalsozialisten einerseits und Kommunisten andererseits im Gebiet der großen Freiheit.

Die Kommunisten beschossen planmäßig marschierende Polizei- und SA.-Kolonnen. Die Polizei glaubte anfangs durch einfache Absperrung der Straßen und erhöhte Mannschaftseinsetzung die Brandherde eindämmen zu können, jedoch erwies sich, daß sie einem sehr gut ausgerüsteten Gegner gegenüberstand. Man mußte daher Panzerwagen mit Maschinengewehren und Handgranaten verwenden. Ferner wurde die gesamte verfügbare Polizei Hamburgs an der Stadtgrenze zusammengezogen und mit Stahlhelmen ausgerüstet. Außerdem wurde die gesamte SA. sowohl aus Hamburg wie aus Altonaer Gebiet alarmiert. Diese marschierte geschlossen in das Kampfgebiet. Jedoch ist das Vordringen sehr schwer möglich, da **auch die Krankenwagen von Kommunisten** von den Dächern herab **beschossen** werden.

◆

Zwei Tote und zehn Schwerverletzte im Hamburg-Altonaer Grenzgebiet.

— Hamburg, 6. März. Nachdem um 23 Uhr die schweren Schießereien im Gebiet der Stadtgrenze beendet zu sein schienen, obwohl noch immer vereinzelte Schüsse von den Dächern und aus den Häusern fielen, konnten die Sanitätsmannschaften daran gehen, die bis dahin unter schwerem Feuer liegenden Straßen abzusuchen. Man barg bis 23.15 Uhr insgesamt zwei Tote und zehn Schwerverletzte. Die beiden Toten sind Passanten, während von den Schwerverletzten sechs gleichfalls Passanten, darunter eine Frau, sowie vier Polizeibeamte sind. Es muß angenommen werden, daß sich im Bereich der unter Feuer liegenden Straßen noch weitere Verletzte und vielleicht sogar Todesopfer befinden. Auch auf Seiten der Kommunisten müssen Verletzte zu verzeichnen sein, da die Polizei mit allen zur Verfügung stehenden Kampfmitteln eingriff, um den Widerstand zu brechen. So wurden Panzerwagen eingesetzt und Maschinengewehre, Handgranaten, Karabiner und Pistolen zur Abwehr benutzt. Die Kommunisten waren sehr gut bewaffnet und mit außerordentlich viel Munition versehen. Sie hatten sich in den Häusern und auf den Dächern gut verschanzt.

Die Schießereien hatten sich in der Weise entwickelt, daß nationalsozialistische Züge, die von den Kundgebungen vor dem Altonaer Rathaus zurückmarschierten am Gählers Platz beschossen wurden. Die Schießereien zogen sich dann über weitere Straßen hin.

◆

SA.-Lastwagen in Breslau beschossen.

Als ein mit SA.-Leuten besetzter Lastkraftwagen am Montag früh in Breslau die Matthiasstraße in der Rich-

tung Hindenburgbrücke fuhr, wurde er am Waterloo-Platz beschossen. Hierbei erlitt der 54jährige Chauffeur Max Hinz einen Steckschuß in den Rücken. Er wurde in schwerverletztem Zustande in das Krankenhaus eingeliefert.

Feuergefecht mit Kommunisten

beim Versuch, die sächsisch-böhmische Grenze zu überschreiten.

Bärenstein (Erzgebirge), 7. März.

Beim Versuch, die Grenze zu überschreiten, geriet in der Nacht zum Sonntag eine Anzahl sächsischer und böhmischer Kommunisten in der Nähe der Blechhammer-Schenke bei Weipert (Tschechoslowakei) in ein Feuergefecht mit Gendarmen. Ein Kommunist aus Bärenstein erhielt einen Unterarmschuß. Er wurde festgenommen, ebenso acht andere Kommunisten. Vier wurden ins Annaberger Amtsgerichtsgefängnis, fünf in das tschechoslowakische Brüxer Kreisgericht gebracht.

Der neue Reichstag

Das vorläufige Gesamtergebnis der Reichstagswahl hat hinsichtlich der Mandatsverteilung noch einige Aenderungen erfahren. Nach dem berichtigten Ergebnis werden dem neuen Reichstag 647 Abgeordnete angehören. Auf die einzelnen Parteien verteilen sich die Mandate wie folgt:

Nationalsozialisten	288
Sozialdemokraten	120
Kommunisten	81
Zentrum	73
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	52
Bayerische Volkspartei	19
Deutsche Staatspartei	5
Deutsche Volkspartei	2
Christlich-Sozialer Volksdienst	4
Deutsche Bauernpartei	2
Weinaärtnerbund	1

Die Wahlbeteiligung bei der Reichstagswahl betrug 88,5 Prozent. Das ist eine Beteiligung, die bisher noch niemals erreicht worden ist. Selbst die Rekordbeteiligung beim ersten Wahlgang für den Reichspräsidenten am 13. März 1932 betrug „nur" 86,2 Prozent. Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wurden 84 Prozent erreicht. Beim zweiten Wahlgang für den Reichspräsidenten am 10. April 1932 betrug die Beteiligung 83,5 Prozent, während der Tiefstand bei den letzten Reichstagswahlen am 6. November 1932 mit 79,3 Prozent Wahlbeteiligung erreicht war.

Von der Gesamtstimmenzahl erhielten die einzelnen Parteien in Hundertsätzen:

Die Hundertsätze der Gesamtstimmenzahlen für die Reichstagswahl: NSDAP. 43,9 (Dez. 1932 33,1) Prozent, SPD. 18,3 (20,4), KPD. 12,12 (16,9), Zentrum 11,1 (11,9), Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 7,8 (8,3), Bayerische Volkspartei 2,7 (3,1), Deutsche Volkspartei 1,8 (1,9), Christlichsozialer Volksdienst 0,9 (1,2), Staatspartei 0,8 (1,0), Deutsche Bauernpartei 0,2 (0,4), Württembergische Weing. 0,2 (0,3), Hannoveraner 0,1 (0,2) Prozent.

Preußens neuer Landtag

Im Preußischen Landtag verteilen sich die Mandate nach dem berichtigten vorläufigen Ergebnis auf die einzelnen Parteien wie folgt:

Nationalsozialisten	211
Sozialdemokraten	80
Zentrum	68
Kommunisten	63
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	43
Deutsche Staatspartei	3
Deutsche Volkspartei	2
Christlich-Sozialer Volksdienst	2
Deutsch-Hannoveraner	2

Die Unterbringung der Abgeordneten

Sowohl in der Reichstagsverwaltung als auch im Büro des Preußischen Landtags haben bereits die technischen Vorarbeiten für die neue Parlamentssession begonnen. Da beide Häuser bisher nicht dagewesene Rekordziffern aufweisen werden, ist man um die unverzügliche Beibringung der Personalien und der Lichtbilder der zahlreichen parlamentarischen Neulinge bemüht. Während man im Reichstag auf die Platzfrage kein besonderes Gewicht zu legen braucht, da der Vollsitzungssaal ausgebrannt ist und die als Ersatz in Frage kommenden Gebäude — die Potsdamer Garnisonkirche, der Lange Stall in Potsdam und gegebenenfalls die Krolloper in Berlin — eine genügend große Anzahl von Plätzen aufweisen, ist im Sitzungssaal des Preußischen Landtags eine Umstellung erforderlich. Der Saal, der gegenwärtig auf 425 Abgeordnete eingestellt ist, kann normalerweise 450 Abgeordneten Platz bieten. Es muß also für etwa 25 Abgeordnete neue Sitzgelegenheit geschaffen werden. Dies wird sich, wie seinerzeit im Reichstag, am besten dadurch ermöglichen lassen, daß man in den hinteren Sitzreihen einige Pulte entfernt und an den so frei werdenden Stellen neue Sessel unterbringt.

Kolonialpolitische Diskussion

Genf, 7. März.

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz diskutierte bei der Behandlung der Effektivbestände auch die Frage der Kolonialtruppen. Dazu lag ein Fragebogen vor, der von einem Komitee der „interessierten Mächte" weiter behandelt werden soll. Botschafter Nadolny betonte dazu, daß Deutschland sich an diesen Beratungen zu beteiligen wünsche. Nachdem der Präsident des Ausschusses mitgeteilt hatte, daß Deutschland in diesem Ausschuß vertreten sein werde, gab der französische Kolonialminister eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Die französische Delegation schätzt sich glücklich, daß Deutschland in diesem Komitee vertreten ist. Frankreich sieht die Dinge nicht nur von augenblicklichen Gesichtspunkten an, denn eine solche Betrachtungsweise könnte manchmal dazu führen, keine glücklichen und genügenden Maßnahmen zu treffen.

Die französische Delegation faßt vielmehr in Zukunft ins Auge, wo es möglich sein wird, daß gewisse europäische Kanonen, die heute keine Kolonien besitzen, sich dem Werke der Kolonialmächte anschließen könnten zur Auswertung der immensen Kontinente, wie z. B. Afrika, die noch der gemeinsamen Bearbeitung aller europäischen Staaten harren."

Verschiedenes.

Landaufenthalt für Stadtkinder. Vom Reichsverband deutscher evangelischer Schulgemeinden E. V., Sitz Wuppertal-Barmen, wird uns geschrieben: Das soziale Kinderhilfswerk des Reichsverbandes deutscher evgl. Schulgemeinden hat von vielen bäuerlichen Familien, die in der evangelischen Schulgemeindebewegung stehen, die Zusage bekommen, den in schwerer wirtschaftlicher Not und Sorge lebenden Saarkindern in diesem Sommer einen mehrwöchigen Aufenthalt auf dem Lande zu vermitteln. Es wird damit gerechnet, daß mehrere hundert Saarkinder aufs Land zu gastfreien Familien geschickt werden können. Im vergangenen Jahr hat der Reichsverband deutscher evangelischer Schulgemeinden rund 2000 Stadtkindern 5—6 Wochen lang unentgeltlichen Aufenthalt auf dem Lande gewährt. Auch die Saarkinder werden umsonst aufgenommen werden. Die Vorarbeiten zu diesem sozialen Kinderhilfswerk sind bereits in Angriff genommen worden.

✦

Die Reichstagung der Evgl. Schulgemeindebewegung in Mülheim (Ruhr). Vom Reichsverband deutscher evangelischer Schulgemeinden E. V., Sitz Wuppertal-Barmen wird uns geschrieben: In der Zeit vom 22.—23. April hält der Reichsverband deutscher evangelischer Schulgemeinden E. V. in Mülheim (Ruhr) seine diesjährige Jahreshauptversammlung ab. Die Tagung wird sich neben wichtigen internen Angelegenheiten mit folgenden Hauptthemen beschäftigen: „Volk in Not!", „Kind in Not!" Nebenher geht eine Reihe von Fachvertreterversammlungen, in denen u. a. die schulpolitische Lage und Gestaltung beraten werden soll. Wie wir hören, wird diese Jahreshauptversammlung aus dem ganzen Reich sehr stark beschickt werden.

Bekanntmachung.

Ein goldener Trauring ist als Fundsache abgegeben. Auskunft erteilt das Amt — Zimmer 2.

Gadderbaum, den 3. März 1933.

Der Ehrenbürgermeister des Amtes Gadderbaum als Ortspolizeibehörde. gez. Dr. Huttel.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Dienstag, 8¼ Uhr Bibelstunde. *Phil.* 2, 19 bis 30 (Pastor Jungblut).

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Sämereien für Garten und Feld
Obstbäume, Beerensträucher beste Sorten
Rosen u. Stauden in guter Auswahl
Dahlien, Knollengewächse
Ziersträucher, Heckenpflanzen
Nadelgehölze, Schlingpflanzen
Preisliste gern auf Wunsch
und sonstige **Gartenartikel** bietet an die
Gärtnerei der Anstalt Bethel
bei Bielefeld

Nordsee! Insel **Amrum!**
„Seeheim" Christliches Erholungshaus Volle Pension 4.— bis 4.50 RM.
Privatkinderheim Paulsen. Von 60.— RM monatlich an. Fordern Sie Hausprospekte durch den Besitzer der Heime
Gemeindevorsteher Paulsen, Nordseebad Norddorf.

Wir empfehlen unsere, in eigener Werkstatt, aus bestem Material hergestellten

Aluminium-Geschirre
für Küche und Tisch
Sowie die bei uns selbst angefertigten
Korbwaren, Sessel und Tische
Tiberias-Werkstätten der Anstalt Bethel

Tüchtiger Schneider
sucht Stellung, eignet sich auch als Anstaltsschneider. Offert. an
W. Röder, Merzhausen (Taunus) Kr. Obertaunus.

Stelle
zur Erlernung der Küche für 20jähr. Tochter im Privathaush. bei Fam.-Anschl. gesucht. Lyceumsbildung. Staatlich geprüfte Krankenpfl. Angebote an die Geschäftsstelle d. Bl. unt. A 3151.

Für einen Konfirmanden suche ich zu Ostern eine
Lehrstelle
bei einem evangelischen Schmiedemeister. Kost und Logis im Hause des Lehrherrn erwünscht. Gefl. Zuschriften erbeten an
Standortpfarrer Hegel, Paderborn, Ferdinandstraße 19.

KLISCHEES
ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT IHRER ANZEIGEN.
ALLE DRUCKSTÖCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG
BORGSTÄDT & BUSCH BIELEFELD, TELEFON Nr. 1306

Photohaus Baumann
Goldstraße 3
liefert alle Amateurarbeiten

Stellengesuche und Angebote
haben im „Aufwärts" großen Erfolg!

Hospize und Heime.

Berlin

Berlin N.W. 7, Albrechtstr. 17. Christliches Hospiz Albrechtshof. Nahe dem Bahnhof Friedrichstraße. Fspr. D. 2 Weidendamm 9950. Zimmer v. 2,50 bis 4,50 Mk., einschl. der Nebenkosten.

Sachsen

Leipzig. Christl. Hospiz, Roßstraße 14. Bes.: Verein für Inn. Mission. Straßenbahn 2 und 16. Fernruf 16269 und 20791. Preis pro Bett 2,75 bis 4,50 Mk. einschl. Steuern.

Leipzig. Christl. Hospiz Wittenberger-Hof, Czermaksgarten 10 (5 Min. v. Hauptbahnhof, linker Ausgang). Ruhigste Lage. 30 Zimmer. Elektr. Licht. Zentralh., Bäder. 48 Betten von 2.25 bis 3,25 Mk. einschl. Bed.

Brandenburg

Hospiz Bodelschwingh-Haus, Brandenburg-Havel, Kirchhofstr. 14. 5 Min. vom Reichsbahnhof. Zimmer von 2 RM. an mit fließendem kalten und warmen Wasser. Mittag- und Abendtisch. Zentralheizung. Bad. Der „Aufwärts" liegt hier auf.

Westdeutschland

Christliches Erholungsheim „Bniel", Bad Oeynhausen, Weststr. 15, Part., 1. und 2. Etg. **18 gut eingerichtete Zimmer.** Abendandachten. Nächste Nähe des Kurparks und der Bäder. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Bochum. Christl. Hospiz, Humboldtstr. 61, am Hauptbahnhof. 56 Zimmer von 2—3 Mk. 1 Bett, 2 Betten das Doppelte. Zentralheizung.

Hohegrethe bei Aue an der Sieg. Christl. Erholungsheim. Schöner Landaufenthalt bei gut. Verpflegung. Täglich Hausandacht. 60 Zimmer mit 60 Betten.

Münster i. W., Christl. Hospiz, Sternstraße 8, Fernruf 1242. 8 Min. vom Bahnhof. Ruhige Lage. 10 Zimmer 12 Betten von 2—3 Mk.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Telef. 2291. Bahnhofstraße 30. Einzelzimmer 2—3 Mk., Doppelzimmer 4—6 Mk. Gute Speisen und Getränke. Auto-Unterstand.

Bad Homburg v. d. Höhe. Christliches Hospiz Quellenhof, Kaiser-Friedrich-Promenade 91. Schönste Lage am Kurpark. Kurgemäße Verpflegung. Mäß. Preise. Das ganze Jahr geöffn.

Zur Aufnahme **Alkoholkranker** empfiehlt sich das **Haus Bethesda, Lintorf,** Bez. Düsseldorf. Mäßige Preise.

Haus Patmos Geisweid bei Siegen. Strecke Hagen-Siegen. Perle d. Siegerlandes. Angenehmer Erholungsaufenthalt. Sonnen-, Luft- u. Felke-lehmkuren. Leibes- u. Atemübungen. Fleisch-, vegetarische u. Rohkost. Täglich Andacht. Preis 3,— bis 3,50; 4,— u. 4,50 Mk. Man verlange Prospekt.

Mitteldeutschland

Bad Nauheim. Villa Wilhelma, Bes. Förster-Ostermeyer, Frankfurter Str. 33. Schöne geräumige Zimmer mit voller Verpflegung in nächster Nähe der Bäder, Kurpark und Bahnhof. Zimmer m. voller, guter Verpflegung u. einschl. gewissenhafter Bedienung (keine Proz.) 6 RM je Tag u. Person

Die **Heilstätte „Elim" bei Herford** nimmt Alkoholkranke aller Stände in gewissenhafte Pflege.

Waldeck

Luftkurort Kohlgrund in Waldeck, Arolsen-Land, bietet angenehmen Aufenthalt in waldreicher, schöner Gegend. Gute Verpflegung (4 Mahlzeiten). Freundl. Schlaf- u. Aufenthaltsräume. 5½ Morg. groß., sonnenseitiger, in Terrassen angel. Garten mit Spiel- u. Ruheplätzen. Liegestühle. Landwirtschaft. Pensionspreis ohne jeglichen Zuschlag tägl. 3.— Mk. Prospekt zu Diensten. Bahnstation Marsberg, Strecke Hagen - Kassel. Christl. Erholungsheim M. Dönges.

Christliches Erholungsheim „Tabor", Sachsenberg in Waldeck. Schöne, stille Lage, direkt am Walde, gute Verpflegung, 4 Mahlzeiten, elektr. Licht und Bad im Hause; sonnige gedeckte Liegehalle. — Pensionspreis 3,50 Mark. Täglich Andachten. — Für alleinstehende Damen und ältere Ehepaare auch als Dauerheim geeignet. — Pensionspreis monatlich Mk. 80.— bis Mk. 90.—.
Aenne Müller.

Süddeutschland

Darmstadt. Evang. Hospiz „Marthahaus", Stiftstr. 14. Einzelzimmer mit Frühstück einschl. Bedienung 2.50 Mark. Elektr. Linie 5 oder 6 bis Stiftstraße.

Christl. Hospiz Holländerhof, Heidelberg, Neckarstaden 22. Haltestelle der Straßenbahn Linie 1 Kettengasse. Ruhige Lage an der alten Neckarbrücke mit freier Aussicht auf Neckar und Gebirge. Zentralheizung, Bäder, fließendes Wasser, 30 Z., 47 B., von 2,50 bis 5,—.

Stuttgart, Hospiz „Herzog Christoph". Ruhige Lage inmitten der Stadt. 60 Zimmer, 75 Betten v. Mk. 2.50 an. Fließend Kalt- und Warmwasser. Bäder. Personenaufzug. Schöne Gesellschafts- und Aufenthaltsräume. Bekannt gute Gaststätte.
Direktor W. Lenze.

Heidelberg, Christl. Hospiz Wartburg, Schiffgasse 2, am Neckar gelegen mit schöner Aussicht auf das Gebirge. Straßenbahnl. 1, Haltest. Theaterstr. Zimmer mit fließend. Wasser, Zentralheizung, Bad, elektr. Licht, 30 Zimmer, 45 Betten von 3 M 1.50 bis 3.50. Vor- und Nachsaison Ermäßigung. Fernruf 755.
Besitzer: Aug. Kühn

Alkoholkranke! Wo finden dieselben Aufnahme und gewissenhafte, individuelle Behandlung und Pflege? Im **Haus Burgwald,** „Heimat" **Eberstadt b. Darmstadt.**

Ostsee

Binz, Rügen. Quisisana, seit 1890 christl. Haus in sehr ruhiger gesch. Lage, unmittelbar am Strande und Wald. Tennisplätzen und Badungsbrücke. Sehr gute Verpflegung, auch Diätkost. Volle Pensionen von 6.— Mk. an, Familien b. länq. Aufenth. Ermäßigung. Prospekt auf Wunsch. Fernspr. 354.
J. v. Koerber, B. Reichenau.

Schwarzwald

Christliches Kurhaus Murgtalperle 600—900 m, Schwarzenberg b. Freudenstadt. Post Schönmünzach, Tel. 21. Hochschwarzwald, sonnige Südlage, bietet Ruhe, heilt Herz und Nerven. Fließ. Wasser, Zentralheiz. 3.50 und 4.— Mark. Dauergäste Ermäßigung. Ill. Prospekt.

Baden-Baden. Erholungsuchende finden in dem von Diakonissen geleiteten **Haus Salem** Leopoldstr. 19, direkt am Walde und ruhige Lage freundliche Aufnahme. Das ganze Jahr geöffnet. Pensionspreis von 5,50 Mk. an.

Bad Dürrheim (Schwarzwald), höchstgelegenes Solbad Europas. **Christliches Erholungsheim „Hans Hecht".** Neuzeitlich eingerichtetes Neuhaus für spezielle Winterkuren, Solbad im Hause. Zentralheizung in allen Räumen. Fließendes warmes und kaltes Wasser in allen Zimmern. Die ganze Südfront mit großen Liegeterrassen versehen. Gute und reichliche Verpflegung bei 5 Mahlzeiten. Diätküche. Staubfreie ruhige Lage. Mäßige Preise. Telefon Nr. 236.

Freiburg i. Breisgau. Hotel zum Pfauen (Christl. Hospiz). 3 Minuten links vom Bahnhof, Friedrichstr. 16.

Christlich. Kurheim **Haus Gottestreue Bedenweiler** in schönster Gegend des südl. Schwarzwaldes bietet Müden und Erholungsbedürftigen bei bester Verpflegung zu denkbar mäßigem Preis idealen, stärkenden Aufenthalt. Anfragen an Schwester Elli.

Harz

Evangel. Erholungsheim „Haus Hagental", Gernrode (Harz), mitten in schönster Harzlage. Große, freundliche und gut eingerichtete Zimmer. Billige Preise. Volle Pension von 4.50 Mk. an. Prospekte durch die Leitung.

Schweiz

Luzern (Schweiz), Johanniterhof (Tierwaldstättersee, Christliches Hospiz. Sempacherstr. 46, 5 Min. von Bahn und Schiff. Mäßige Preise. Kein Trinkzwang. Trinkgelderberechnung. Restaurant.